Stand: 18.10.2025 10:49:36

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6818

"Reform des juristischen Referendariats jetzt - Mehr als 90 Prozent leiden unter psychischem Druck, Schluss damit!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6818 vom 21.05.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/7971 des OD vom 01.07.2025
3. Beschluss des Plenums 19/8346 vom 08.10.2025

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 21.05.2025 **Drucksache 19/6818**

Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Reform des juristischen Referendariats jetzt – Mehr als 90 Prozent leiden unter psychischem Druck, Schluss damit!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, aus der Studie der Referendariatskommission (RefKo) die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und – im Sinne der psychischen Gesundheit der Referendarinnen und Referendare – unverzüglich eine Reform des juristischen Referendariats in die Wege zu leiten.

Insbesondere gilt es, Maßnahmen zur Unterstützung der Betroffenen einzuführen und Ausbilder für den psychischen Druck zu sensibilisieren.

Begründung:

Eine aktuelle Online-Befragung durch die RefKo fördert ein erschreckendes Bild zutage. So gaben 91,8 Prozent der Befragten an, unter psychischem Druck zu leiden. Bei den Frauen waren es sogar 96,8 Prozent. Beinahe jede Referendarin und jeder Referendar leidet also unter, z. T. immensem, psychischem Druck.

Nicht nur das Jurastudium, sondern auch das juristische Referendariat ist also (stark) reformbedürftig. Was schon lange vermutet wurde, wird nun erstmals auch durch das Befragungsergebnis der RefKo bestätigt. Bislang gab es für das Referendariat – anders als für das Jurastudium – keine Umfragen oder Daten zum psychischen Druck. Dies zu ändern, war das Ziel der RefKo. Die RefKo soll die Interessenvertretungen der Referendarinnen und Referendare bundesweit bündeln und gezielt auf Verbesserungen im juristischen Vorbereitungsdienst sowie in der zweiten Staatsprüfung hinwirken.

Die von ihr nun kürzlich durchgeführte Befragung ergab diesen – man kann es kaum anders sagen – desaströsen Befund.

Im Einzelnen lösen die Mehrfachbelastung (33,7 Prozent), der Prüfungs- und Zeitdruck (24,1 bzw. 23,4 Prozent), Zukunftsängste durch die hohe Abhängigkeit von Examensergebnissen (16 Prozent), finanzielle Sorgen (11,3 Prozent) und die schlechte Organisation des juristischen Vorbereitungsdienstes durch kurzfristige Änderungen von AG-Zeiten und -Orten (10,2 Prozent) einen erheblichen psychischen Druck bei den Referendarinnen und Referendaren aus.

Dies führt zu gravierenden gesundheitlichen Auswirkungen. So gaben 40,1 Prozent der Referendarinnen und Referendare an, unter Schlafstörungen zu leiden. 16,7 Prozent leiden an Angstzuständen, 12,8 Prozent leben in innerer Unruhe und 9,7 Prozent berichten von depressiven Verstimmungen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Insgesamt – so die Befragung – denken 27,4 Prozent der Referendarinnen und Referendare, also mehr als ein Viertel, darüber nach, den Vorbereitungsdienst abzubrechen. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass man zu diesem Zeitpunkt bereits ein i. d. R. 5-jähriges Jurastudium erfolgreich abgeschlossen hat und dennoch durch einen Abbruch des Referendariats der Weg zum Richter, Staatsanwalt oder Anwalt verbaut wäre, ist diese Zahl noch erschreckender.

Unterstützungsangebote sind z. T. weder existent noch bekannt. Nur 4,5 Prozent kennen überhaupt Unterstützungsangebote. 27,1 Prozent gaben an, dass es unmöglich sei, mit Ausbildern oder Verantwortlichen über ihre Probleme zu sprechen.

Die Umfrage zeigt insgesamt eindeutig, dass es nicht an den Referendarinnen und Referendaren liegt, sondern am System. Ein System, das enormen Druck erzeugt, und von fertigen Volljuristinnen und Volljuristen i. d. R. allenfalls nach dem Motto „Da mussten wir auch durch und das war schon immer so“, „gerechtfertigt“ wird.

Die RefKo hat auf Grundlage der Umfrageergebnisse und im Hinblick auf eine Reform Handlungsappelle u. a. an die Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (JuMiKo) gerichtet. So soll eine vertiefte Untersuchung durchgeführt und eine bundesweite repräsentative Studie in Auftrag geben werden. Daneben sollen Sofortmaßnahmen zur Unterstützung der Betroffenen eingeführt werden. Insbesondere sollten Ausbilder für den psychischen Druck sensibilisiert werden. Weiter muss aber vor allem dann auch der juristische Vorbereitungsdienst langfristig reformiert werden. Unterrichtsqualität und auch die Vergütung von AG-Leitern müssen zunehmen. Die Lernmaterialien müssen verbessert und der Prüfungsstoff reduziert werden. Die RefKo schlägt auch eine angemessene Unterhaltsbeihilfe vor, die den Lebensunterhalt abdeckt. Des Weiteren sollte eine feste Zeitspanne zur Prüfungsvorbereitung (aktuell die sog. Tauchstation) eingeführt werden, um Chancengleichheit zu gewährleisten und den Zeitdruck zu reduzieren. Auch eine verdeckte Zweitkorrektur sollte es geben. Das bedeutet, dass bei der Zweitkorrektur weder Note noch Anmerkungen aus der Erstkorrektur bekannt sind.

Völlig „neu“ ist die Belastung nicht. So hatte die JuMiKo selbst in einem Bericht aus dem Frühjahr 2024 auf die psychischen Belastungen der Referendare hingewiesen.

Zusammen mit der RefKo halten wir das Referendariat für stark reformbedürftig. Bayern muss hier vorangehen und unverzüglich tätig werden.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 01.07.2025 **Drucksache** 19/**7971**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Drs. 19/**6818**

Reform des juristischen Referendariats jetzt - Mehr als 90 Prozent leiden unter psychischem Druck, Schluss damit!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Arif Taşdelen**
Mitberichterstatter: **Dr. Alexander Dietrich**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 1. Juli 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   SPD: Zustimmung

   Ablehnung empfohlen.

Dr. Martin Brunnhuber
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 08.10.2025 **Drucksache** 19/**8346**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Drs. 19/**6818**, 19/**7971**

Reform des juristischen Referendariats jetzt – Mehr als 90 Prozent leiden unter psychischem Druck, Schluss damit!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.